

Diskussionspapier Frieden
für die Gesamtsynode der Evangelisch-reformierten Kirche am 17./18. November 2016
 Vorgelegt vom Ausschuss für Friedensarbeit

I. Vorbemerkungen

1. Warum heute eine neue Diskussion zum kirchlichen Friedensengagement nötig ist

- In den letzten Jahren haben sich auch in Europa **Tendenzen der Friedlosigkeit** verstärkt. Das Zusammenleben von Volksgruppen, Staaten und Völkern ist in vielfältiger Weise gestört und bedroht: Populistische und fremdenfeindliche Bewegungen; Äußerungen der Verächtlichmachung und des Hasses gerade in den sogenannten „sozialen Medien“, aber auch auf den Straßen und Plätzen unserer Städte; Auswirkungen der Kriege im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan, in der Ukraine, in Afghanistan und Ländern Nordafrikas vor allem in Gestalt der Flüchtlinge, die zu uns kommen; zwischen Russland und der NATO droht ein neuer „Kalter Krieg“ – von den militärischen Verwicklungen beider Mächte im Syrienkrieg ganz abgesehen; schließlich hat der islamistisch begründete Terrorismus Europa erreicht und beeinflusst das gesellschaftliche Klima.
- Die neue kirchliche Diskussion über Krieg und Frieden berührt also **politische Fragen** und ist sich dessen bewusst. Sie sucht aber eine ausdrücklich **theologische Perspektive**, um auch in diesen Fragen den „Zuspruch und Anspruch“ Gottes auf unser ganzes Leben (vgl. Barmen II) deutlich zu machen.
- Damit verbunden ist ein **seelsorgliches Anliegen**: Was stärkt uns als reformierte Christen in unserem Christuszeugnis? Was nimmt uns die Menschenfurcht und hilft uns, verwurzelt im Gottvertrauen das Notwendige zu sagen und zu tun? Und was schützt uns vor affektgesteuerten, von der Wut oder von der Angst beherrschten politischen oder persönlichen Optionen?
- Wo der Weg zwischenstaatlicher Verhandlungen verlassen wird und an seine Stelle Demagogie, Demonstrationen der Macht und das Drohen mit Gewalt treten, werden zivile Reaktionsweisen umso wichtiger: Diplomatie, Prävention, die beharrliche Suche nach einem friedlichen Ausgleich der Interessen.
- Gerade weil viele übernationalen Institutionen sich derzeit in einer Krise befinden, werden die **spezifisch kirchlichen Möglichkeiten des Friedensengagements** noch wichtiger: ökumenische Partnerschaften und Begegnungen, aber auch die Flüchtlingshilfe der Diakonie und die Entwicklungsförderung von „Brot für die Welt“ und anderen. Eben solche zivilen Formen der Krisenbewältigung und -prävention entsprechen dem Auftrag der Kirche.
- Wo staatliche, gesellschaftliche und zwischenstaatliche Institutionen versagen, erkennen wir heute, wie wertvoll und zugleich: wie wenig selbstverständlich es ist, sie zu haben. Eine Grundthese dieses Papiers lautet: **Das Eintreten für Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechte gehört heute zu den dringlichsten Anliegen des kirchlichen Friedenszeugnisses** - und also auch die Warnung davor, die **Institutionen, Strukturen und Entscheidungsabläufe in einer demokratischen Gesellschaft wie auch in zwischenstaatlichen Organisationen** gering zu schätzen.
- In **Syrien** erleben wir derzeit, dass die Menschen vor Ort, die zivile Hilfe zum Überleben leisten, nicht ausreichend unterstützt werden können, solange der Krieg wütet. Die Bemühungen, z.B. Waffenstillstandskorridore für Hilfskonvois oder international gesicherte Schutzzone für Flüchtlinge zu errichten, werden regelmäßig von den militärischen und geopolitischen Strategien der direkten und indirekten Kriegsparteien durchkreuzt. Ein Ausweg aus dieser Schwierigkeit ist derzeit nicht erkennbar; auch die Vereinten Nationen zeigen sich hier als nicht handlungsfähig.
- Bleibt also der Staatengemeinschaft nichts anderes übrig, als hilflos dabei zuzusehen, wie der Syrienkrieg weitere Hunderttausende Menschenleben fordert und weitere Millionen von Menschen zur Flucht treibt? Kirchliches Reden und Handeln in Sachen Frieden muss sich auch dieser bitteren Frage stellen.

2. Was ist das Ziel dieses Diskussionspapiers?

- **Zielgruppe** sind zunächst die Mitglieder der Gesamtsynode. So wie der Ausschuss Frieden stellvertretend für die Synode Fragen und Notwendigkeiten des Friedens diskutiert, so soll die Gesamtsynode durch unser Papier in die Lage versetzt werden, eine Diskussion stellvertretend für unsere Gemeinden und ihre Glieder zu führen.

- **Ziel dieser Diskussion ist eine synodale Verständigung und eine Vergewisserung des Friedensauftrags der reformierten Kirche.** Dabei geht es noch nicht darum, eine „eindeutige“ kirchliche Position zu formulieren als vielmehr zunächst darum, ein gemeinsames Problembewusstsein zu erarbeiten. Sofern sich die Synode auf Grundlage ihrer Diskussion dazu bereift findet, kann sie das Diskussionspapier (ggfs. in einer revidierten Fassung) auch den Gemeinden an die Hand geben, damit diese ihrerseits anhand des Papiers Fragen und Notwendigkeiten des Friedens bedenken können.

Die synodale und gemeindliche Diskussion findet **im öffentlichen Raum** statt, nicht allein in der Kirche, sondern auch im Horizont unserer Gesellschaft. Wir hoffen, dabei eine **theologisch begründete Orientierung im Denken**, wie auch im persönlichen und politischen **Handeln** zu erlangen. Wir treiben ein Kapitel öffentlicher Theologie aus dringendem Anlass.

II. Diskussionspapier Frieden

1. „Friede auf Erden!“ (Lukas 2,14)

FRIEDEN ALS GOTTES GABE UND GEBOT

- 1.1 Die Kirche Jesu Christi ist dazu berufen, **mit Wort und Tat den Frieden Gottes zu bezeugen**. Sie erinnert daran: „Gott hat uns dazu erschaffen, friedlich miteinander zu leben.“ (Johannes Calvin) Es ist nicht in ihr Belieben gestellt, ob sie für den Frieden eintritt, oder nicht. Weil sie sich dem Friedenstiften Gottes in Jesus Christus verdankt, hat sie keine Wahl: Die Kirche verkündet den Frieden Gottes mit ihrem Wort, mit ihrem Verhalten und in ihrem Tun und Lassen allen Menschen - oder sie hört auf, Kirche Jesu Christi zu sein. Gottes Machtverzicht in Jesus Christus wird der Kirche zum Vorbild für ihr Handeln.
- 1.2 Das Eintreten der Kirche für den Frieden ist **kraftvoll, aber gewaltfrei**, weil es teilhat an der gewaltfreien Bewegung Gottes zu den Menschen. Gott „durchkreuzt“ mit dem Leben, Leiden, Sterben und Auferstehen Jesu Christi die Mechanismen irdischer Herrschaft und Gewalt.
- 1.3 Für die reformierte Kirche ist die Einsicht bestimmend, dass **Gottes Gabe** des Friedens und die **menschliche Aufgabe**, diesen Frieden in Wort und Tat zu bezeugen, zwei Seiten einer Sache sind: Die Vorgabe des Gottesfriedens befähigt Menschen dazu, in der *Hingabe* an diesen Frieden den Frieden auf Erden zu bezeugen und alles Menschenmögliche für ihn zu tun.
- 1.4 Den Krieg gutzuheißen, ist in der Nachfolge Jesu Christi nicht möglich. Krieg ist der aggressivste Ausdruck der Überheblichkeit gegenüber der geschöpflichen Bestimmung des Menschen. Krieg zielt auf die Auslöschung des Lebens von Menschenbrüdern und –schwestern. Es bleibt dabei: **„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“** (Amsterdam 1948).
- 1.5 In der Nachfolge dessen, der Kreuz und Tod auf sich nahm, finden sich Christen in der noch nicht erlösten Welt **an der Seite der Opfer** wieder. Die Kirche gibt den Opfern von Krieg, Folter, Terror und Gewalt Gesicht und Stimme: „Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind“ (Sprüche 31,8). Darüber hinaus muss die Kirche aber auch die Frage stellen: „Was müssen wir tun, dass nicht immer noch mehr Menschen zu Opfern werden?“
- 1.6 Die Seligpreisung der Friedensstifter und das darin enthaltene Gebot des Friedens ist immer wieder neu zu hören und zu buchstabieren. Die Kirche kann diesem Gebot des Friedensstifters Jesus Christus ein besonderes Gewicht und einen besonderen Klang dadurch geben, dass sie daran erinnert: Gott selber hat sich in Jesus Christus endgültig als der Friedensstifter für alle Völker gezeigt. Das schafft Ermutigung, Orientierung und eine unbeugsame Hoffnung dafür, die Wege des Friedens zu suchen und zu gehen.

Allerdings stellen sich grundlegende Fragen: Was ist eigentlich „Frieden“? Was fördert ihn? Und was sind die Ursachen von Friedlosigkeit und Hass, von Spannungen, Gewalt und Kriegen?

2. „Frieden wird die Frucht der Gerechtigkeit sein“ (Jesaja 32,17)

GOTT LIEBT GERECHTIGKEIT UND RECHT

- 2.1 Ein weiterer Satz der Ökumenischen Weltversammlung von Amsterdam 1948 soll in Erinnerung gebracht werden: **„Die Völker der Welt müssen sich zu der Herrschaft des Rechts bekennen.“** Auch diese politische Forderung ist im Evangelium begründet.
- 2.2 *„Fürchtet Gott, ehrt den König.“* (1. Petr 2,17)
Dieser biblischen Leitvers eröffnet die **These V der Barmer theologischen Erklärung von 1934.**
Dort wird festgestellt, dass der **Staat**
„nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“
Dem gegenüber heißt es von der **Kirche:**
„Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“
- 2.3 Frieden stellt sich nicht von selber ein. Wir leben „Jenseits von Eden“. Unsere selbstgeschaffenen „Paradiese“ sind allzu oft damit bezahlt, dass andere die Hölle auf Erden erleben müssen. Das extreme Gefälle zwischen **Reichtum und Armut in dieser Welt**, unmittelbar abzulesen an der durchschnittlichen Lebenserwartung der Bevölkerung, ist ein Skandal, zu dem die Kirche nicht schweigen darf. Die sprunghaft gestiegene Zahl von Menschen, die in Europa und insbesondere in unserem wohlhabenden Land Zuflucht suchen vor Krieg, Gewalt und Not, hat uns aus unserer vermeintlichen Sicherheit aufgeschreckt. Wir werden dessen gewahr, dass Frieden und Wohlstand nicht erhalten werden können, solange die einen auf Kosten der anderer leben. Von der globalisierten Wirtschaft profitiert in ungerechter Weise eine Minderheit, die ungleich mehr Gewinn erwirtschaftet als die Mehrheit, vor allem im „globalen Süden“. Diese Ungerechtigkeit verschärft die Gegensätze und erhöht die Neigung, Konflikte mit Gewalt auszutragen.
- 2.4 Auch die rücksichtslose **Ausbeutung und Verschwendung der natürlichen Ressourcen** dieser Erde verschärft die Konflikte. Unsere Verlegenheit als Bewohner des reichen Nordens der Erdkugel ist: Wir profitieren selbst von dem globalen Handel und Wandel, dessen Ungerechtigkeiten wir ablehnen. Viele unter uns haben es sich komfortabel eingerichtet in einem Wohlstand, der einer großen Mehrheit aller Menschen als unfassbarer Luxus erscheinen muss. Wir rufen empört: „Kein Krieg für Öl!“ Aber die Autoindustrie, der Individualverkehr und der Straßenbau, aber auch die Tourismusindustrie mit ihren selbstverständlichen Flugreisen und Kreuzfahrten gehören zu den „heiligen Kühen“ unserer Kultur und unserer Wirtschaft. Wie kann unter diesen Umständen unser Ruf nach Frieden und Gerechtigkeit glaubwürdig werden?
- 2.5 Die Kirche erinnert alle Menschen und besonders die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft an Gottes große Zusage des Friedens und der Gerechtigkeit. Sie fordert, dass **Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung als Leitbegriffe** auch das konkrete staatliche Handeln durchdringen. Wichtiger als die Millionen, die für die Entwicklung von neuen Waffensystemen ausgegeben werden, sind die wissenschaftliche Erforschung von Kriegsursachen und die Förderung ziviler Programme der Prävention, der Mediation und der Beteiligung an Prozessen der Versöhnung. Umgekehrt müssten auch die Kosten und die friedensfördernden Effekte von Einsätzen der Bundeswehr im Rahmen internationaler militärischer Maßnahmen kritisch evaluiert werden. Auf diese Weise soll der unbedingte Vorrang ziviler Maßnahmen vor der Drohung und Anwendung von Gewalt auch politisch wirksam werden. Dazu gehören alle Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung durch staatliche Programme und nichtstaatliche Organisationen (NGO's). Hier liegen auch primäre Handlungsfelder der Kirche: Neben dem ökumenischen Austausch und der Partnerschaftsarbeit sind das die weltweiten Programme der Diakonie, der Flüchtlings- und Katastrophenhilfe, wie auch die nachhaltigen Programme der zivilen Entwicklungshilfe, z.B durch „Brot für die Welt“.

- 2.6 Die Freiheitsrechte Einzelner zu gewährleisten, setzt **ein rechtlich und politisch kontrolliertes Gewaltmonopol des Staates** voraus. Die Existenz eines solchen Gewaltmonopols ist theologisch und juristisch unstrittig. Doch staatliche Ordnung und staatliches Gewaltmonopol stoßen an ihre Grenzen, wo eine Ordnung nicht mehr besteht, z.B. in sogenannten „*failed states*“. *„Der Schutz der Menschenrechte kann nicht den Nationalstaaten allein überlassen bleiben; schwere Menschenrechtsverletzungen müssen auch über die Staatsgrenzen hinweg justiziell verfolgt und geahndet werden können.“* (EKD-Denkschrift 2007: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*“, Artikel 89)
- 2.7 Das **Völkerrecht** versucht Regelungen zu schaffen, durch die in erster Linie die Zivilbevölkerung geschützt werden soll. Sie gelten sowohl dem Schutz bei zwischenstaatlichen Konflikten, als auch einem grundsätzlichen Schutz bei Konflikten innerhalb des eigenen Landes. Das humanitäre Völkerrecht und die allgemeinen Regeln der Menschenrechte binden zunächst souveräne Staaten und ihre Rechtsetzung. Ein übernationaler Souverän, der das Gewaltmonopol über staatliche Grenzen hinweg ausübt, besteht nur begrenzt. Zum einen sind Regelungen der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols über Staatsgrenzen hinweg meistens durch bilaterale Vereinbarungen einzelner Staaten festgelegt (z.B. Auslieferungsabkommen bei der Strafverfolgung). Zum anderen sind bestimmte Rechte staatlichen Handelns vertraglich von einzelnen Staaten auf einen übernationalen Souverän übertragen worden, z.B. auf die Vereinten Nationen oder den Internationalen Strafgerichtshof.
- 2.8 Viele internationale Konflikte der letzten Jahrzehnte waren darin begründet, dass die staatliche Ordnung aufgelöst war und somit ein „rechtsfreier“ Raum entstand. *„Dennoch darf der Menschenrechtsschutz nicht vorschnell gegen das Prinzip der gleichen Staatensouveränität ausgespielt werden. [...] Das [...] Prinzip der Nichteinmischung in die (inneren) Angelegenheiten eines anderen Staates dient auch dazu, die Souveränität des Staatsvolkes bei der demokratischen Gestaltung seiner eigenen politischen Verhältnisse zu schützen. Menschenrechte und demokratische Selbstbestimmung fordern sich gegenseitig. Die Umsetzung der Menschenrechte ist nicht an staatlich organisierten Gemeinwesen vorbei, sondern nur in ihnen und durch sie zu verwirklichen.“* (EKD-Denkschrift, *ebd.*) Doch welche Handlungsoptionen gibt es, wenn all diese bestehenden Regelungen nicht ausreichen, um schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern oder einzudämmen? Die Tatenlosigkeit der Staatengemeinschaft angesichts des Völkermordens in Ruanda im Jahr 1994 bleibt ein bedrückendes Beispiel.
- 2.9 Wie kann die Pflicht zum Frieden vereinbart werden mit der Pflicht zur Nothilfe? Schon die Denkschrift der EKD von 2007 stellt fest, dass in der Perspektive einer auf Recht gegründeten Friedensordnung Grenzsituationen nicht auszuschließen sind, in denen sich die Frage nach einem wenn nicht gebotenen, so doch zumindest erlaubten Gewaltgebrauch und den ethischen Kriterien dafür stellt (EKD-Denkschrift, Artikel 98). Eine solche **rechtserhaltende Gewaltanwendung oder Recht setzende Gewalt** kann grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn sie nach den Regeln der UN-Charta zulässig ist, also zur Durchsetzung von UN-Resolutionen oder im Rahmen des Selbstverteidigungsrechts einzelner Staaten. Eine darüber hinausgehende Gewaltanwendung wäre ein Bruch rechtlicher Normen. Müssen wir also z.B. auch angesichts systematischer und anhaltender Verletzungen von Menschenrecht und Friedenspflicht wie durch den „Islamischen Staat“ dabei bleiben: An völkerrechtlich zweifelhaften militärischen Einsätzen kann sich unser Staat – ungeachtet ihrer humanitären Zielsetzung – nicht beteiligen?

3. **„Sie sagen ‚Friede! Friede!‘, und ist doch nicht Friede.“** (Jeremia 6,14)

DIE WIRKLICHKEIT DER KRIEGE

- 3.1 Die Kirche muss sich der Tatsache stellen: **In vielen Ländern der Erde herrscht gegenwärtig Krieg.** Bilder und Nachrichten vieler dieser Konflikte können wir in „Echtzeit“ rund um den Globus verfolgen. Andere Konflikte werden außerhalb unserer medialen Wahrnehmung ausgetragen. So wurde der verheerende Krieg in Syrien über Jahre hinweg bei uns kaum beachtet – bis die ansteigende Zahl der Flüchtlinge, die nach Europa drängten, ein weiteres Wegsehen unmöglich machte. Die Übergänge von Bürgerkriegen, Stellvertreterkriegen und Kriegen zwischen Staaten sind gefährlich fließend. „Herrenlose Mächte und Gewalten“ (Karl Barth) schüren Konflikte, missbrauchen Religionen, säen Hass und streben nach einer Ausweitung ihrer militärischen und ideologischen Vorherrschaft. Fordert

nicht das Doppelgesicht des Terrorismus als individuelles Verbrechen und als Krieg mit anderen Mitteln ein neues Nachdenken über ein wirksames präventives und eindämmendes Handeln?

- 3.2 Die Bibel ist realistisch: Die Urgeschichte des Menschen unter den Bedingungen der „Welt der Sünde“ ist der Mord zwischen den Brüdern Kain und Abel. Jede Tagesschau und jeder „Tatort“ bringt eine Fortsetzung dieser mörderischen Geschichte. Gott selber aber startet nach dem Zeugnis der Bibel immer neue Initiativen, um den Teufelskreis von Gewalt und Rache zu durchbrechen: **Gottes „Interventionen der Gnade“** zielen auf eine Unterbrechung der Eskalation. Denn: „Einer muss anfangen, aufzuhören.“ Die erste Intervention: Kains Leben wird geschützt, ohne dass freilich über seine Untat Gras wachsen darf. Gottes Gnade durchbricht das scheinbare „Naturgesetz“ des Krieges, den die Menschenbrüder gegeneinander führen. Schließlich sind für uns Kreuz und Auferstehung Jesu Christi die überlegene Gegengeschichte zur gewalttätigen Urgeschichte der Menschheit „nach dem Fall“.
- 3.3 Frieden ist nicht der Normalzustand dieser Welt. Theologisch gesprochen: Die Macht der Sünde ist noch nicht gebrochen. Die Christusbotschaft des Evangeliums lehrt uns, sich von dem Toben der „herrenlosen Mächte“ nicht einschüchtern zu lassen. Gesucht sind Menschen, die in aller Demut bezeugen, dass Gott uns *„den Sieg gibt durch unseren Herrn Jesus Christus“* (1. Kor. 15,57), einen **Sieg über alle lebensfeindlichen Mächte**, der nicht mit Waffengewalt errungen werden kann.
- 3.4 Europa steht bis heute im Schatten zweier Weltkriege, von denen der erste von Deutschland mitverschuldet und der zweite von Deutschland ausgegangen ist. Wir Deutsche können und dürfen nie mehr einem Krieg das Wort reden. Krieg ist nicht als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ zu verstehen, sondern als deren Zusammenbruch. Dies lehren uns spätestens die Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs: „Nie wieder Krieg!“ Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkriegs lehren allerdings auch: Ein ideologisch-politisches System, das – wie der Nationalsozialismus – offensichtlich Krieg und Vernichtung selber als seine pervertierte „Ratio“ ausbreitet, musste schließlich auch mithilfe militärischer Mittel gestoppt werden. Und wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass z. B. der Staat Israel noch eine andere Lehre aus dieser Erfahrung gezogen hat: „Nie wieder Opfer sein!“
- 3.5 Die Reformierten in Deutschland haben im Jahr **1982 „Nein ohne jedes Ja!“** gegen die Drohung mit und die Anwendung von atomaren, chemischen und biologischen **Massenvernichtungswaffen** gesprochen („Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“). Dieses „Nein ohne jedes Ja“ ist auch heute noch, bald 35 Jahre später, von bestürzender Aktualität. In den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten sind immer wieder Chemiewaffen eingesetzt worden, in diesen Monaten erneut in Syrien. Die Atomwaffenarsenale der NATO und Russlands sind – entgegen allen Erklärungen der 90er Jahre – nur zum Teil abgebaut worden. Es lagern auch auf deutschem Boden Atomwaffen. Angekündigt sind auf beiden Seiten weitere atomare Nachrüstungsrounden, eine „Modernisierung der Waffen“ wird angekündigt.
- 3.6 Der Nahe und Mittlere Osten scheint - kaum kontrolliert - überschwemmt zu werden u.a. besonders mit Kleinwaffen, die „kinderleicht“ zu handhaben sind. Die wachsende „Nachfrage“ auf allen Seiten ist offenbar durch den **internationalen Waffenhandel** immer noch leicht zu decken. An der Spitze des weltweiten Waffenexports auch in Krisen- und Kriegsgebiete stehen die USA mit 29 %, dicht gefolgt von Russland mit 27 %. Aber auch Deutschland gehört mit seinen 7 % -Anteil zu den großen Waffenexporteuren der Welt; in dieser zweifelhaften „Rangliste“ steht unser Land knapp vor Frankreich und China. Größere Waffenexporte unterliegen in unserem Land der staatlichen Kontrolle. Entgegen den Grundsätzen gehen deutsche Waffenexporte auch in Krisen und Kriegsgebiete, z.B. nach Israel, Saudi-Arabien und Mexico, seit 2014 auch an kurdische Truppen im Irak. Neben den wirtschaftlichen spielen jeweils auch politische Interessen eine Rolle. Über diese Interessen muss politisch gestritten werden.

4. „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem!“ (Römer 12,21)

WIE WIR DEM TERRORISMUS WIDERSTEHEN

- 4.1 Die Bibel ist nüchtern. Sie weiß um die **Existenz des Bösen**. Sie erinnert daran: Das Böse keimt nicht nur bei den anderen, sondern auch bei uns selbst. Darum gehen die kritischen und zur Buße rufenden Rückfragen nach der Macht des Bösen zuerst an uns selber.
- 4.2 Die Bibel lehrt **keine Toleranz gegenüber dem Bösen**. Keinesfalls soll dem Bösen das letzte Wort bleiben. Das letzte Wort behält Gott. Wir bekommen ein Augenmaß dafür, was uns aufgegeben ist - und was nicht. Bei dem Versuch, das Böse „auszuradieren“, stacheln wir unvermeidlich Böses an. Die vergeblichen Anläufe, beispielsweise im Irak, in Afghanistan oder in Libyen, den Terrorismus mit militärischen Mitteln zu besiegen, haben keinen Frieden geschaffen. Vielfach sind Hass und Krieg verstärkt aufgelodert.
- 4.3 Dem setzen wir – neben allen notwendigen präventiven und polizeilichen Maßnahmen – eine unerschütterliche Hoffnung entgegen: Es ist Gottes Verheißung, dass am Ende der Zeiten das Böse unterliegt. Eine Chance zum Überleben hat die Menschheit – und jede Gruppe – nur dann, wenn sie sich darauf besinnt, wie wir **solidarisch miteinander leben und überleben** können. Im Gegeneinander werden wir miteinander untergehen. Wir setzen auf das Leben – auch auf das Leben und Überleben der anderen. In dieser Zuversicht treffen sich christlicher Glaube und politische Vernunft.
- 4.4 Wir dürfen nicht annehmen, dass Frieden bereits durch die friedfertige Haltung einer Seite herbeizuführen wäre. Nicht alle Gesellschaften dieser Welt haben in gleicher Weise das Ideal eines zivilen und friedlichen Zusammenlebens der Verschiedenen miteinander ausgebildet. In einer Welt globaler Wechselwirkungen begegnen wir immer noch Kulturen, in denen aggressives Verhalten, Heroismus und die Bereitschaft zum „Märtyrertod“ auf breite Zustimmung stoßen. Ihnen gegenüber sind die Tugenden der Geduld, der Weisheit und des aufrechten Ganges erst recht gefragt.
- 4.5 Christen sind einer Welt, die von Revanchegeleüsten bedroht ist, das Zeugnis einer politischen Haltung schuldig, die über den Tag hinaus denkt und über den eskalierenden Gegensätzen übergeordnete gemeinsame Interessen im Blick behält. Wir leben auch als Kirche in der „unerlösten Welt“. Aber wir geben in dieser Welt Zeugnis von Gottes Gerechtigkeit und Frieden. Wenn wir die Realität der zerstörerischen Gewalt ignorieren, lassen wir die Opfer von Gewalt, Krieg und Terror im Stich. Wenn wir uns aber von der Wirklichkeit von Krieg und Terror bannen lassen, verlieren wir die Perspektive Gottes aus dem Blick.
- 4.6 Darum ist für uns das Zeugnis der Friedenskirchen und des prinzipiellen Pazifismus innerhalb und außerhalb unserer Kirche ein notwendiger „Stachel im Fleisch“. Es gab und gibt Christenmenschen, die der Gewalt prinzipiell pazifistisch und unbedingt gewaltfrei begegnen - bis hin zur persönlichen Bereitschaft, dafür auch Nachteile, Gefängnis und unter Umständen sogar den Tod auf sich zu nehmen. Sind nicht diese Friedenszeugen, die eher Leiden auf sich nehmen wollen als anderen ein Leid zuzufügen, die wahren „Kinder Gottes“? Die Kirche muss dieses pazifistische Zeugnis ehren und unterstützen, auch wenn sie es nicht von allen ihren Gliedern erwarten darf.
- 4.7 Aber müssen nicht auch die anderen, die um der Opfer willen und zur Verhinderung größeren Leids dem Terror und Krieg notfalls auch mit Waffengewalt Einhalt bieten, der Kirche ebenfalls als „Friedensstifter“ gelten? Wie können wir in unserer Kirche eine „versöhnte Gegnerschaft“ leben unter denen, die um des Friedens willen jedem Waffengebrauch abschwören und denen, die die Notwendigkeit sehen, eine staatliche Ordnung und eine Herrschaft des Rechts im Notfall auch mit Waffengewalt zu verteidigen?

5. „*Tut niemandem Gewalt oder Unrecht und lasst euch genügen an eurem Sold!*“ (Lukas 3,14)

WERTSCHÄTZUNG UND KRITIK STAATLICHER ORDNUNG

- 5.1 Der Staat kann kein Paradies herstellen, selbst wenn er sich noch so sehr um Recht und Frieden und Wohlstand und Sicherheit für alle Menschen bemüht. Notfalls hat der Staat auch **„unter Androhung und Ausübung von Gewalt“ für Recht und Frieden zu sorgen** (Barmen V). Das Gewalt-Monopol eines demokratisch und gesellschaftlich kontrollierten Staates ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die wir auch als Christen politisch zu verteidigen haben. Gerade in der Kritikfähigkeit und Verbesserlichkeit dieses Gewaltmonopols liegen starke Gründe, es zu verteidigen. **Das Eintreten für Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechte gehört heute zu den dringlichsten Anliegen gerade auch des kirchlichen Friedenszeugnisses.**
- 5.2 Manche haben es verdrängt, dass **ein Rechtsstaat auch eine funktionsfähige, gut ausgebildete und verantwortlich handelnde Polizei braucht**. Und wir haben es sieben Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa vielfach ignoriert, dass auch die außenpolitischen Spielregeln des Rechts und des Friedens nur zu gewährleisten sind, wenn sie unter dem **Schutz der Staatengemeinschaft** stehen. Wie der Rechtsstaat der Menschenwürde und der Verhältnismäßigkeit seiner Maßnahmen verpflichtet ist, so hat sich jedes Mitglied der UN darauf verpflichtet, jede Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen, die „gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar“ ist (UN-Charta Kapitel I, Art. II, Ziffer 4).
- 5.3 Redet die Kirche Jesu Christi vom Frieden, so vertraut sie auch hier der Botschaft von Kreuz und Auferstehung Jesu Christi und von der Rechtfertigung der Sünder. Das Wissen um die Macht der Sünde und das Vertrauen auf die Vergebung eigener Schuld macht auch Christus-Nachfolger dazu frei und fähig, **an politischer Macht aktiv teilzuhaben**. In der Demokratie wird solche Macht auf Zeit verliehen – und wieder entzogen. Die Kirche appelliert an die politische „Verantwortung der Regierenden und der Regierten“ (vgl. Barmen V). Wenn sie zum Frieden mahnt, spricht sie in dem Bewusstsein, dass sie mit „den Verantwortlichen“ nicht allein die staatlichen Amtsträger anredet, sondern uns alle.
- 5.4 Auch im zwischenstaatlichen politischen Handeln kann Gewaltanwendung nicht prinzipiell und für immer ausgeschlossen werden. Um Quellen und Wellen der Gewalt zu stoppen, die andernfalls andere Länder überrollen und viele Menschenleben kosten, kann und muss die internationale Gemeinschaft **unter Umständen auch mit militärischen Mitteln der Gewalt Einhalt bieten** (vgl. UN-Charta, Kapitel VII, Artikel 42). Hier hilft eine ethische Differenzierung im Gewaltbegriff, die im Englischen möglich ist: Der zerstörerischen „violence“ muss eine an der Wiederherstellung des Rechtes orientierte „force“ entgegengesetzt werden.
- 5.5 Weil ein solcher Einsatz militärischer Gewalt aber fast immer missbräuchlich oder irrtümlich von zerstörerischen Effekten begleitet ist und eine gefährliche Eigendynamik des Militärischen freisetzen kann, benötigt er der politischen Kontrolle und Korrektur. Nur wenn ein militärischer Einsatz erkennbar von dem Ziel geleitet ist, eine zerstörte Ordnung des Rechtes und des Friedens wieder aufzubauen, und wenn es realistische Chancen gibt, dies auch durchzusetzen und nachhaltig zu sichern, nur dann kann ein solcher Einsatz als „ultima ratio“ verantwortet werden. Aber: Eine „Ultima Ratio“ ist keine „Ratio“, der Grenzfall darf nicht zur Methode werden.
- 5.6 Mit einem solchen definierten, zielgerichteten und begrenzten Einsatz staatlicher Gewalt würden wir dennoch **keinen „gerechten Krieg“** führen. Anders als die staatsethische und theologische Tradition es lehren, können wir einen Krieg, der immer mit dem Töten von Menschenleben und mit der Zerstörung ziviler Infrastruktur einhergeht, nicht als „gerecht“ bezeichnen. Wir können allenfalls von einer unter Umständen „unumgänglichen“ oder „notwendigen“ Anwendung militärischer Gewalt sprechen. Sie ist niemals Selbstzweck, sondern muss immer an das Ziel eines Schutzes von Menschen gegenüber ungerechtfertigter und unkontrollierter Gewalt und an eine Perspektive der Wiederherstellung des Rechtes gebunden sein. Die Begrenzung staatlicher Gewalt, wie sie in der Lehre vom „gerechten Krieg“ entwickelt wurde, bleibt auch dann wichtig, wenn wir den missverständlichen und missbrauchbaren Begriff eines „gerechten“ Kriegs hinter uns lassen.

6. **Christus ist unser Friede!**“ (Epheser 2,14)

GOTT UM DEN FRIEDEN BITTEN

- 6.1 Der stärkste **Ausdruck des christlichen Vertrauens** auf „die Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt“ (Barmen V) ist das Gebet. Im Heidelberger Katechismus ist es als „das vornehmste Stück der Dankbarkeit“ wesentlicher Ausdruck der christlichen Ethik. Das Beten der Gemeinde und des Einzelnen ist keine Alternative zum gesellschaftlichen Engagement für den Frieden. Vielmehr schenkt das Gebet unserem Engagement einen längeren Atem. Es waren in unerwarteter Weise „Kerzen und Gebete“, die der friedlichen Revolution von 1989 zum Durchbruch verhalfen.
- 6.2 „Die Hände zum Gebet falten, ist der Anfang der Auflehnung gegen die Unordnung der Welt“ (Karl Barth). Beten ist eine **christliche Grundform politischer Mitverantwortung**. In der Fürbitte solidarisiert sich die Gemeinde mit bestimmten Menschen.
- 6.3 In der **Fürbitte** denkt die Gemeinde zuerst an Christen in der Nähe und in der Ferne, die ihr besonders am Herzen liegen oder die der Fürbitte in besonderer Weise bedürfen. So erinnert sie an die vielen Glaubensgeschwister, die um ihres Glaubens willen bedroht, verfolgt, verjagt, ins Gefängnis geworfen, gefoltert oder gar um ihr Leben gebracht werden.
- 6.4 Da Christus nicht nur für uns Christen, sondern für alle Welt gekommen ist, umgreift die Fürbitte der Gemeinde **auch Menschen anderen Glaubens und Menschen ohne Glauben**. Insbesondere ist der Gemeinde von Anfang an die Fürbitte für **die jeweils Regierenden** aufgegeben (vgl. 1. Tim. 2, 1-6). Hier signalisiert die Kirche Jesu Christi nicht nur ihre Verbundenheit mit denen, die dafür sorgen, dass alle in Frieden zusammenleben und ihren jeweiligen Glauben entfalten können. Sie reflektiert damit auch die Erfahrung, dass die Träger staatlicher Gewalt besonderen Prüfungen ihres Glaubens und Lebens ausgesetzt sind.
- 6.5 Das Unser-Vater-Gebet Jesu ruft am Anfang und am Ende voller Sehnsucht nach dem **Kommen des Reiches Gottes**. Damit gibt die Gemeinde und der einzelne Beter Zeugnis davon, dass die Betenden sich mit dem friedlosen Zustand der Welt nicht abfinden. Mehr noch: Die Kirche verleiht gerade im Beten dieser Worte Jesu ihrer Erwartung Ausdruck, dass Gottes Reich das umfassende Schalom das überlegene Ziel der Geschichte des Himmels und der Erde bleibt - und dass es heute noch „mitten unter uns“ zum Vorschein kommen kann.
- 6.6 Dietrich Bonhoeffer formulierte im Mai 1944 im Tegeler Gefängnis: „Unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muss neu geboren werden aus diesem Beten und diesem Tun.“ (Widerstand und Ergebung, DBW Band 8, S. 435f)